

In der Krise konstruktiv agieren

Politik CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei im großen NECKARQUELLE-Sommerinterview: Eine Übergewinnsteuer will er nicht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Berliner Unionsfraktion glaubt, dass seine Partei bald wieder mit klarem Profil erstarken wird.

Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag hat Thorsten Frei, direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter von hier, eine Schlüsselfunktion innerhalb der Opposition. Frei ist einer der engsten Mitarbeiter des Oppositionsführers Friedrich Merz und gibt seinen Farben in zahlreichen Interviews mit Funk und Fernsehen Profil. Ausgleich und Entspannung findet der Mann, der als überaus fleißiger Arbeiter gilt, beim Joggen: Jeden Morgen dreht Frei, nachdem um fünf Uhr früh der Wecker geklingelt hat, eine 15 Kilometer lange Runde durch den Tiergarten. Sportlich war er schon immer, und auch in diesem Sommer geht der Christdemokrat topfit in den Familienurlaub nach Dänemark: Seine Bestzeit im Halbmarathon steht bei 1:30 Stunden.

Herr Frei, Sie sehen nicht nur topfit aus. Sie sind es auch ...

Thorsten Frei: Ich habe schon immer Sport getrieben. Früher habe ich Tennis gespielt. Allerdings habe ich das schon als OB aufgegeben. Mit Spielpartnern Termine zu finden ist einfach schwierig gewesen, wenn man Politik macht.

Und es macht keinen Spaß, wenn man einflussreiche Parteifreunde immer gewinnen lassen muss.

Frei: (lacht) Nein, nein. Beim Tennis ist es vielmehr so, dass das Ballgefühl verloren geht, wenn man nur selten spielt.

Dafür stehen Sie im politischen Berlin häufig auf dem Center Court. Sie sind Gesicht und Stimme der von Friedrich Merz geführten Unionsfraktion im Bundestag.

Frei: Andere sind ähnlich präsent. Als Parlamentarischer Geschäftsführer muss man natürlich nicht nur nach innen wirken, sondern auch nach außen.

In der neuen Funktion, möchte man meinen, haben Sie in der Union an Einfluss noch weiter hinzu gewonnen. Zuvor waren Sie ja bereits einer der am meisten beachteten Fraktions-Vizevorsitzenden.

„Die letzte Bundestagswahl war ein Desaster! Ein Desaster mit Ansage.“

Frei: Für die Funktion des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers kann man sich nicht selbst bewerben. Der Fraktionschef muss einen fragen, und dann muss man gewählt werden. Insofern war für mich nicht absehbar, dass ich dieses Amt besetzen würde. In der Opposition sind die interessanten Positionen rar gesät – das muss man einfach sagen. Insofern habe ich mich natürlich sehr gefreut. In der Opposition ist es eine Schlüsselaufgabe, die Fraktion im Zusammenspiel mit dem Vorsitzenden aufzustellen, zu organisieren und zu positionieren. Alles, was wir an inhaltlicher Arbeit leisten, wird bei uns mit den jeweiligen Fachpolitikern koordiniert.

Das klingt nach beträchtlichem Einfluss.

Frei: Es ist das Maximum an Gestaltungspotenzial, was man in einer Oppositionsfraktion haben kann.

Würden Sie sich nun als „rechte Hand“ des Friedrich Merz bezeichnen?

Frei: Mit Sicherheit bin ich sein enger Zuarbeiter. Und dafür verantwortlich, dass es in der Fraktion läuft.



Thorsten Frei (links) stellte sich den Fragen der NECKARQUELLE-Redaktion, hier Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein und Cornelia Hellweg.

Fotos: Christian Thiel

Und auch wenn es nicht läuft ...

Frei: Auch das. Deshalb ist dieser Job auch eine Herausforderung. Ich bin permanent mit dem Management der Tagespolitik befasst.

Der letzte Wahlkampf war für die Union ein einziges Desaster. Haben Sie den Eindruck, dass sie sich jetzt, wo Friedrich Merz übernommen hat, aus ihrem Allzeit-Tief herausarbeiten können?

Frei: Den Eindruck habe ich tatsächlich. Ja, man muss sagen: Die letzte Bundestagswahl war ein Desaster! Ein Desaster mit Ansage. Denn die drei entscheidenden Voraussetzungen für einen Wahlsieg waren nicht gegeben.

Und diese wären?

Frei: Es fehlte an der inhaltlichen Klarheit. Nicht nur Mitglieder, sondern auch andere, die bereit sind, uns zu wählen, konnten nicht sicher sagen, wofür wir stehen und worin wir uns von anderen markant unterscheiden. Zweitens: Der Machtkampf zwischen Laschet und Söder war schädlich. Parteien, die sich so destruktiv mit sich selbst beschäftigen, sind für den Wähler nicht attraktiv. Und zum Dritten hat es dann an der Geschlossenheit zwischen CDU und CSU gefehlt.

Hat sich daran etwas geändert?

Frei: Das haben wir in den Griff bekommen. Die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU klappt hervorragend. Auch weil wir personell klar aufgestellt sind. Friedrich Merz an der Spitze verfügt über eine extrem hohe Legitimation ...

Es war ja sonst keiner mehr da, der die CDU hätte führen können.

Frei: Niemand, der ähnlich gut ist wie er.

Kann Merz der Union also tatsächlich das Profil zurückgeben, das sie verloren hat?

Frei: Absolut. Darüber hinaus sind wir mitten in einem Grundsatzprogrammprozess, den wir 2024 abschließen möchten. Das neue Programm wird uns wieder diese inhaltliche Klarheit geben, die wir brauchen, um klare Signale an die Menschen zu senden, wofür wir stehen. Und was eine Regierungsbeteiligung der Union in der politischen Praxis bedeuten würde.

Sie haben selbst eingeräumt, dass die Union in der Vergangenheit für viele

Thorsten Frei im Profil

Seit der letzten Bundestagswahl ist Thorsten Frei (49), im Schwarzwald-Baar-Kreis direkt gewählt und seit 2013 als Abgeordneter in Berlin, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer (EGF) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2021 hat er wie schon 2017 mit einem der besten Erststimmenergebnisse im Land erneut sein Direktmandat verteidigen können. Als „EGF“ arbeitet er Fraktionschef Merz direkt zu und artikuliert immer wieder die politischen Standpunkte der Union in den Medien. Schon Merzens

Vorgänger Ralph Brinkhaus hatte Frei für diesen Job haben wollen. Unter dessen Ägide war der Jurist Frei drei Jahre lang Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen, zuständig für Innen- und Rechtspolitik. In dieser Zeit haben zahlreiche Gesetzesentwürfe seine Handschrift getragen. Bevor Thorsten Frei als Nachfolger Siegfried Kauders in die Bundespolitik gewechselt ist, war er Oberbürgermeister Donaueschingens und wiederum zuvor Regierungsrat im Staatsministerium

Baden-Württemberg. In seinem Beruf als Rechtsanwalt hat er nur ein Jahr lang gearbeitet. Mit den zunehmenden Verpflichtungen in Berlin hat sich der Vater dreier Kinder aus der kommunalen Politik verabschiedet und 2019 seinen Posten als CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag samt Mandat zurück gegeben. Kreisvorsitzender der CDU indes ist er geblieben. Einfluss in seiner Partei sichert ihm auch seine Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg. *rat*

Menschen nicht attraktiv war. Ihr Fraktionschef Merz war kürzlich auf Ihre Einladung hin in Villingen, und da waren fast nur ältere Menschen ...

Frei: Nein, das hab ich nicht so gesehen! Es waren erstaunlich viele junge Leute, die ich persönlich nicht kannte. In den ersten Reihen saßen die Parteimitglieder. Da war das Durchschnittsalter sicherlich etwas höher.

Nun, Friedrich Merz selbst ist auch nicht mehr der Jüngste. Grüne und FDP haben in der Vergangenheit mehr Jungwähler ansprechen können. Wie will die Union ihren Mangel an Modernität beheben und für die Jüngeren attraktiv werden?

Frei: Ich bezweifle, dass es uns an Modernität mangelt. Dass uns bei der Bundestagswahl nur ein ganz geringer Teil der Jüngeren gewählt hat, kann uns natürlich nicht zufrieden stellen. Das ist gar keine Frage. Angesichts der letzten Landtagswahlen kann man zumindest sagen, dass wir für Frauen und Männer gleich attraktiv sind ...

Also für Frauen und Männer über 60?

Frei: Nein, auch unter 60. Bei den neusten Landtagswahlen mit verhältnismäßig jungen Spitzenkandidaten haben wir da wieder kräftig aufgeholt. Dass uns Junge nicht gewählt haben, ist kein grundsätzliches Problem, das wir haben. Es war bei der Bundestagswahl so – für eine Volkspartei ist es natürlich schmerzhaft zu sehen, dass man große Teile der Bevölkerung nicht mehr erreicht.

Inwieweit ist Ihre CDU im Schwarzwald-Baar-Kreis in die Aufstellung Ihres neuen Grundsatzprogramms eingebunden?

Frei: Sie ist sehr breit eingebunden. Der Prozess läuft auf Bundesebene. Parallel dazu haben wir auf Landesebene – eben auch mit Vertretern des Schwarzwald-Baar-Kreises, einen Erneuerungsprozess gestartet. Weil wir ja im vergangenen Jahr nicht nur eine Bundestagswahl krachend verloren haben. Sondern außerdem auch noch eine Landtagswahl. Die Basis muss entsprechend eingebunden sein, damit die Erneuerung funktioniert.

Wann hat die CDU eigentlich ihr bislang letztes Grundsatzprogramm aufgestellt?

Frei: Das war, als es noch keine Handys gab, wie wir sie heute kennen. Die Veränderungen in

der Gesellschaft erfordern nun neue Antworten, denn die Zeit ist eben über die Dinge hinweg gegangen. Es ist notwendig, dass wir auf der Basis eines „Grundwertekompasses“ Ableitungen für die einzelnen Themen schaffen. Unsere Grundsätze sind ja richtig geblieben.

Woran denken Sie da?

Frei: An den Grundsatz, dass wir Staat und Gesellschaft von unten nach oben aufbauen. Dass wir uns zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft bekennen und sagen: Nicht alles soll durch staatlichen Interventionismus geregelt werden, wie wir das bei der aktuellen Bundesregierung teilweise beobachten können. Genau das ist nicht unser Ansatz. Denn bei uns sollen die Menschen mit dem, was sie erarbeiten, auch etwas anfangen können.

„Die Bundesregierung hat zur Zeit gewaltige Herausforderungen zu meistern.“

Mit „Interventionismus“ spielen Sie auf Entlastungspakete wie die Energiekostenpauschale an, die die Ampel den Berufstätigen im September als Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten zukommen lassen will. Die Ampel musste praktisch aus dem Stand Krisenmanagement betreiben. Kaum war die neue Regierung im Amt, ist der Ukraine-Konflikt ausgebrochen. Was hätte die Union als Regierungspartner in einer solchen Situation besser machen können?

Frei: Die Bundesregierung hat zur Zeit gewaltige Herausforderungen zu meistern. Deswegen versuchen wir, unsere Oppositionsarbeit sehr konstruktiv auszurichten und die Regierung dort zu unterstützen, wo es in die richtige Richtung geht. Und wo es für unser Land notwendig ist. Was wir derzeit erleben ist, dass man nicht mit voller Kraft die Herausforderungen annimmt und die Probleme löst.

Können Sie das konkretisieren?

Frei: Es braucht bei den stark gestiegenen Energiepreisen eine Entlastung für jene, die am stärksten betroffen sind. Das sind aber nicht nur die Transfergeldbezieher, sondern auch diejenigen, die ganz normal arbeiten und niedrige Einkommen haben. →



Thorsten Frei hat auf die Berliner Oppositionspolitik großen Einfluss. Er will dazu beitragen, dass die CDU mehr inhaltliche Klarheit schafft.

Entlastungen hat es ja gegeben: den Tankrabbat etwa. Oder auch das Neun-Euro-Ticket.

Frei: Die Bundesregierung muss aber zielgerichtet entlasten. Das hat sie nicht gemacht. Tankrabbat und Neun-Euro-Ticket – da wurde mit der Gießkanne über das Land gegossen. Das hat viel Geld gekostet.

Die Leute waren vom Neun-Euro-Ticket begeistert.

Frei: Ein „Nice-to-have“. Da sind drei Milliarden Euro mal einfach so durch den Kamin gegangen. Der Bund kann Ländern und Kommunen jährlich nur etwa zehn Milliarden für den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur zur Verfügung stellen. Deshalb war das unverantwortlich. Das Neun-Euro-Ticket einzuführen war in etwa so, wie wenn Sie sagen würden: „Alles ist hart, deshalb gibt's jetzt Freibier für alle!“ Das hätten wir mit Sicherheit nicht gemacht.

„Alles ist hart, deshalb gibt's jetzt Freibier für alle!“

Und wie lösen wir unsere aktuellen Probleme dann?

Frei: Die Probleme sind groß, und für deren Ursprung kann diese Regierung nichts. Aber sie hat jetzt die Verantwortung. Sie muss alles tun, um Energiepreise nicht noch weiter nach oben zu treiben. Bis heute ist der Biogasdeckel nicht gehoben. Die Regierung hätte mit fragwürdigen ökologischen Argumenten fast die Wasserkraft in Deutschland kaputt gemacht. Und wenn ich bedenke, wie schwer man sich tut, die Kernkraftwerke weiter laufen zu lassen, dann muss ich wirklich sagen: Das ist unverantwortlich. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die Energielücke in diesem und im darauf folgenden Winter so gering wie möglich zu halten. Nur dann machen Sparappelle wirklich Sinn.

Die Atomenergie fällt anteilig aber nicht besonders ins Gewicht.

Frei: Sie können damit zehn Millionen Haushalte versorgen. Das ist nicht nichts! Für die Menschen, die bis zu sechs Mal so viel zahlen für Energie wie bisher, macht das schon einen Unterschied.

Sie sprechen die enormen Preiserhöhungen an. Mit Blick auf die nächste Heizperiode ist immer wieder die Rede von „sozialen Verwerfungen“, die bedingt werden, wenn Energiekunden überfordert werden. Wie müssen wir uns solche vorstellen?

Frei: Ich halte nichts von Horrorszenerien. Ich sehe mit Verwunderung, dass Habeck (Anm. der Redaktion: Bundeswirtschaftsminister der Grünen) sich immer mehr dem Herrn Lauterbach (Anm. d.Red. Bundesgesundheitsminister der SPD) annähert, indem er mit drastischen Worten die vermeintliche Wirklichkeit beschreibt. Von Ministern erwarte ich Lösungsvorschläge. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass diese Pläne bewältigt werden.

Habeck ist immerhin nach Katar gefahren, um dort Flüssiggas einzukaufen.

Frei: Ja, aber bis heute haben wir nicht einen einzigen Kontrakt mit Katar über die Lieferung von Flüssiggas. Dass das anders geht, machen uns die Italiener vor. Ich erwarte von einer Regierung keine publicityträchtigen Reisen, sondern Lösungen. Wann wird das erste Flüssiggas in Deutschland ankommen?

Außenministerin Baerbock hat in der Taiwan-Frage mit ihrer Ansage an China viel Aufmerksamkeit geerntet. Wie würde ein Außenpolitiker der Union hier vorgehen?

Frei: Mit viel Fingerspitzengefühl. Doch er würde es auch nicht an der notwendigen Klarheit vermissen lassen. China ist zwar ein wichtiger Wirtschaftspartner Deutschlands, aber auch ein systemischer Konkurrent. Dort gibt es eine autokratische Parteidiktatur. Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit verbindet man mit Taiwan, aber nicht mit der Volksrepublik China. Wir als Deutsche haben ein Interesse daran, dass es möglichst friedlich und stabil in der Welt zugeht. Wir beklagen derzeit unsere Abhängigkeit von Russland; doch wir sollten mal genau hinschauen, wo wir von China zu abhängig sind. Ich meine damit nicht, dass wir uns lösen sollten. Ich meine, dass es in einer komplexen Welt einfach richtig ist, nicht alle rohen Eier in ein Körbchen zu legen.

Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von Lieferanten in Fernost ist gewaltig.

Frei: Wir haben in unserer Region viele Firmen, die Computerchips brauchen und große Probleme hatten, diese herzubekommen...

... weil Taiwan der größte Chiphersteller der Welt ist.

Frei: Wenn China Zugriff auf diese taiwanesischen Chipindustrie hätte, würde es den Weltmarkt absolut dominieren. Würde unsere Wirtschaft nicht mehr so wie bisher beliefert werden, hätte das katastrophale Konsequenzen für uns.

Das ist der Fluch der Globalisierung.

Frei: Wir sind eine besonders internationalisierte Volkswirtschaft. Und das ist auch gut so, denn darauf gründet unser Wohlstand. Es hat ja seinen Grund, warum man Kohle, Gas und Öl in Russland gekauft hat: Das war einfach günstiger. Aber wir müssen sehr gut darauf achten, dass wir Schlüsseltechnologien auch in Deutschland und Europa halten. Und bei der Zulieferung von Vorprodukten oder seltenen Rohstoffen nicht alles auf eine Karte setzen.

Was kann eine Regierung tun, um Schlüsseltechnologien im eigenen Land zu halten?

Frei: Forschung und Entwicklung setzen Unternehmenssiedlungen voraus. Will man industrielle Kapazitäten schaffen, kommt es auf die Standortfaktoren an. Dafür gibt es staatliche Förderung, die der frühere CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmeier deutlich nach oben geschraubt hat. Angereizt dadurch hat die Privatwirtschaft deutlich mehr investiert. Wir geben mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. Diesen Anteil wollen wir auf 3,5 Prozent steigern. Damit gehören wir zur absoluten Weltspitze. Kein Wunder, dass der erste Impfstoff gegen Covid-19 in Deutschland entwickelt worden ist.

In naher Zeit sind unsere Perspektiven eher unerfreulich. Wir erleben, wie unser Erspartes von der Inflation aufgefressen wird. Die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale steht im Raum, ebenso wie hohe Lohnforderungen von Gewerkschaftsseite.

Frei: Für diese habe ich Verständnis. Am Ende des Tages hat eine Inflation von acht Prozent Konsequenzen. Bei den Leuten, bei denen es gerade so eben gereicht hat, fehlen nun acht Prozent zum Monatsende hin. Auch das Geld normaler Verdieners schmilzt wie Eis in der Sonne. Beim durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 36 000 Euro sind schon 3000 weggefallen. Das entspricht einem schönen Jahresurlaub für die Familie. Norbert Blüm hat die Inflation mal völlig zurecht als den „Taschendieb des kleinen Mannes“ bezeichnet...

Norbert Blüm hat auch gesagt: „Die Renten sind sicher!“

Frei: Aber hier hatte er recht.

Was können wir gegen die Inflation tun?

Frei: Ich setzte auf Christian Lindners (Anm. d. Red. Bundesfinanzminister der FDP) Entlastungspaket, das eine Abmilderung der Kalten Progression enthält. Der Staat muss seine Fiskalpolitik in Ordnung bringen. Er muss mit dieser massiven Verschuldung aufhören. Entlastungen müssen zielgerichtet erfolgen. Und eben nicht mit der Gießkanne.

Wir haben doch unser ganzes Geld in der Corona-Krise verbraten.

Frei: Auch. Deswegen dürfen wir nicht genau so weitermachen. Die Europäische Zentralbank muss ihrem einzigen Auftrag gerecht werden – Geldwertstabilität. Südeuropäische Länder zu finanzieren ist keineswegs ihr Auftrag. Deshalb muss sie ihre Politik der steigenden Zinsen jetzt weiterführen.

Zuvor haben sie einem übertriebenen staatlichen Interventionismus eine Absage erteilt. Was halten Sie denn von einer Übergewinnsteuer?

Frei: Gar nichts! – Das hört sich zunächst gut an. Denn eine Übergewinnsteuer betrifft ja zunächst mal „alle außer uns“.

Eine solche Abgabe wäre ja auf große Unternehmen zugeschnitten, die in der derzeitigen Energiekrise massiv profitieren. Als Verbraucher hat man doch ein ungutes Gefühl, wenn man mitbekommt, dass Mineralölkonzerne in diesem Zeitraum ihre Gewinne verdreifacht haben.

Frei: Mindestens ein ungutes Gefühl. Ich ärgere mich auch über so etwas. Nicht nur bei Mineralölkonzernen. Ich glaube aber, da darf man solchen emotionalen Impulsen nicht nachgeben.

uns investiert und Arbeitsplätze schafft, der muss einfach wissen, worauf er sich einlässt. Er muss wissen, welche Steuern er für diese oder jene Gewinne bezahlen muss. Übergewinnsteuern bedeuten doch, dass die Politik sagen muss, in welchen Branchen sie diese erhebt und in welchen nicht.

„Wer bei uns Arbeitsplätze schafft, der muss einfach wissen, worauf er sich einlässt.“

Im Bereich der Energiewirtschaft könnte man ja anfangen. Man muss ja den Eindruck haben, dass die staatlichen Entlastungen für Autofahrer wie der Tankrabbat nicht voll weiter gegeben werden, wenn man die Preisentwicklung anschaut. Und die Bilanzen scheinen das zu bestätigen. Dem Autofahrer gefällt das gar nicht. Er wird an der Zapfsäule abgezogen und darf ab Herbst in vielen Fällen auch noch eine Gasumlage zahlen. Um eben das auszugleichen, sind politische Instrumente wie eine Übergewinnsteuer doch da?

gangen sind, hängt auch damit zusammen, dass die Anbieter zum Stichtag noch voll versteuertes Benzin in den Tanks hatten. Wir besteuern Kraftstoffe so hoch wie sonst gar nichts!

Dennoch ist die Preisgestaltung an der Zapfsäule oft nicht nachvollziehbar gewesen. Es liegt der Verdacht nahe, dass an der Preisschraube gedreht wurde, weil nun eben die Gelegenheit dazu bestand und man den Ukrainekrieg als Rechtfertigung nutzen konnte.

Frei: Das legt die Vermutung nahe, dass dieser Markt nicht richtig funktioniert. Weil sich da zu wenige Wettbewerber tummeln. Die Kartellbehörden müssen eben genau hinschauen, inwieweit es da illegale Preisabsprachen gibt.

Ein stumpfes Schwert. Auch Stromanbieter haben tüchtig die Preise erhöht. Oft hat man den Eindruck, dass sich die Großen bereichern und die Kleinen immer weniger Geld im Beutel haben. Für eine Gesellschaft ist das nicht gut.

Frei: Die Frage ist eben, mit welchen Instrumenten sie diesem Eindruck entgegen wirken. Ich glaube eben, dass kurzfristige Veränderungen des Steuerrechts

können dieses Geschehen – es sterben täglich Menschen – nur zu einem geringen Teil beeinflussen. Wir können aber mithelfen, dass es in der Ukraine nicht zu einem Diktatfrieden kommt. Sondern dass möglichst beide Seiten aus einer Position der Stärke heraus an den Verhandlungstisch gehen können, um eine friedliche Lösung zu erreichen. Das muss das Ziel aller Bemühungen sein...

Das klingt nun doch etwas sozialromantisch. Wie wird eine Atommacht mit einem unberechenbaren Regenten reagieren, wenn sie ins Hintertreffen gerät? Wird sie eskalieren?

Frei: Russland hat ein kleines, souveränes Nachbarland angegriffen. Russland wird nicht etwa in die Enge getrieben. Es ist selbstverständlich, dass wir uns an vielen völkerrechtlichen Verträgen richten. Es kann nicht sein, dass wir allem, was Atommächte beabsichtigen, nachgeben. Der Einsatz nuklearer Waffen hätte Konsequenzen für die ganze Erde. Es wäre geradezu sozialromantisch zu glauben, man müsste dem russischen Bären nur geben, was er will.

Das haben wir nicht gesagt.



Beim großen NECKARQUELLE-Sommerinterview fühlten die Redakteure dem Wahlkreisabgeordneten tüchtig auf den Zahn.

Warum nicht?

Frei: Wir haben ein Steuersystem, das eine Mehrheit auch als gerecht einschätzt. Diejenigen, die mehr haben, müssen mehr leisten. Deshalb haben wir die Steuerprogression. Sie gilt auch bei den Unternehmen. Wer hohe Gewinne macht, der zahlt auch hohe Steuern.

„Wir haben ein Steuersystem, das eine Mehrheit auch als gerecht einschätzt.“

Schon, wobei nicht jeder Konzern in Deutschland versteuert.

Frei: In der Vergangenheit haben wir in dieser Richtung gewaltige Schritte gemacht, auch der Finanzminister Scholz. Das muss man ehrlich sagen. Aber eine Übergewinnsteuer würde dazu führen, dass bestimmte Unternehmen dann eben ihre Steuern von Deutschland in die Länder verlagern würden, wo es eine solche nicht gibt.

In vielen europäischen Ländern wie Italien oder Spanien gibt es sie schon.

Frei: Ja, aber diese Unternehmen werden nicht nach Spanien oder Italien gehen. Das ist nicht der Punkt. Der entscheidende Punkt ist die Glaubwürdigkeit unseres Steuersystems: Jemand, der bei

Frei: Ich sprach vorher das Unternehmen an, das den ersten Covid-19-Impfstoff entwickelt hat – Biontech. Es hat gigantische Gewinne gemacht. So gigantische Gewinne, dass Rheinland-Pfalz zum ersten Mal zum Nettozahler im Länderfinanzausgleich wurde. Und Rheinland-Pfalz ist in Westdeutschland eines der strukturschwächsten Länder. Würde man in einem solche Fall sagen, dass das gar nicht geht, dass eine einzige Firma mit einem einzigen Produkt so viel verdient, dann würden sie marktwirtschaftlich gesehen den Anreiz nehmen, viel privates Geld in die Entwicklung bestimmter Produkte zu investieren. Es muss grundsätzlich möglich sein, von Entwicklungen zu profitieren, wenn diese erst einmal marktgängig sind.

Aber bei Gas und Öl muss nichts entwickelt werden. Stattdessen werden Firmen, die über Jahrzehnte blendend verdient haben, nun auch noch mit Umlagezahlungen des Bürgers subventioniert.

Frei: Eine Übergewinnsteuer würde bedeuten, dass sich Unternehmen auf nichts mehr verlassen können. Ich möchte nicht, dass sie durch eine Anordnung der Regierung plötzlich ein x-faches an Steuern zahlen müssen. Beim Tanken muss man tatsächlich genau hinschauen. Dass nach der Einführung des Tankrabbats die Preise nicht gleich runterge-

nicht der richtige Hebel sind. Stattdessen müssen wir die Möglichkeiten des Wettbewerbsrechts nutzen. Wenn man zum Ergebnis kommt, dass die Schwerter, die da zum Einsatz kommen, zu stumpf sind, müssen wir sie schärfen. Der Markt muss wieder in Balance gebracht werden – auch in einer funktionierenden Marktwirtschaft darf man nicht zulassen, dass sich einige wenige bereichern.

Haben die Kartellbehörden dann versagt?

Frei: Das will ich so nicht sagen. Ich kann das nicht beurteilen. Gegebenenfalls muss man ihnen die geeigneten Instrumente an die Hand geben, um das Kartellrecht durchzusetzen.

Was die Menschen bewegt, ist auch das, was oft als Grund für die unerfreuliche Preisentwicklung angeführt wird: der Ukraine-Krieg. Was glauben Sie: Wie lange könnte er sich hinziehen? Wie hoch ist das Risiko einer nuklearen Eskalation?

Frei: Der Krieg in der Ukraine rückt im öffentlichen Bewusstsein etwas nach hinten. Das verstehe ich. Er dauert nahezu ein halbes Jahr an. Und wir haben deswegen auch mit großen Herausforderungen bei uns in Deutschland zu kämpfen. Da sind nicht nur die hohen Energiepreise, sondern auch die hohen Nahrungsmittelpreise als Folge dieses Krieges und der Inflation. Wir

Frei: In der öffentlichen Debatte wird das immer wieder so geäußert. Aber diese Sichtweise ist falsch und zynisch. Auch für uns wäre das nur ein kurzfristiger Pyrrhussieg. Denn hätte Putin Erfolg, würde er weitermachen. In Moldau. Im Baltikum. Er ist klug und würde sich stets die Frage stellen: „Was kostet mich das?“ Er hat ja 2008 in Georgien und 2014 in der Krim ausgetestet, wie weit er gehen kann. Es ist richtig, dass der Westen jetzt das Stoppschild gesetzt hat.

„Es ist richtig, dass der Westen jetzt das Stoppschild gesetzt hat.“

Also haben Sie keine Angst vor einem Atomschlag?

Frei: Ich mache mir natürlich über vieles Sorgen. Obwohl ich kein ängstlicher Mensch bin. Man darf sich aber nicht völlig erdrücken lassen von den Problemen, die sich stellen. Es geht darum, mit einer solchen Situation politisch umzugehen und dafür zu sorgen, dass die Probleme minimiert werden. Wir befinden uns in einer ganz schwierigen Lage. Und deshalb spüren wir als Opposition auch die Verantwortung zu helfen, wo diese Probleme von der Regierung angegangen werden.